

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886 646 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Florian Gerster zur öffentlichen Diskussion um Verfassungsänderung und Bundeswehr: Das Parlament muß entscheiden!

Seite 1

Herbert Bormeltinger zu Behauptungen der CDU im rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampf: Eine Schande.

Seite 2

Eberhard Brecht und Gernot Eiler berichten von ihrer Albanien-Reise: Wahlen im "Hinterhof Europas"!

Seite 3

46. Jahrgang / 66

8. April 1991

Das Parlament muß entscheiden!

Zur öffentlichen Diskussion um Verfassungsänderung und Bundeswehr

Von Florian Gerster MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat in Artikel 115 a die Feststellung des Verteidigungsfalles an eine Entscheidung des Bundestages mit Zwei-Drittel-Mehrheit und an die Zustimmung des Bundesrates gebunden. Die Feststellung des Bündnisfalles dagegen ist nicht eindeutig geregelt - wir Sozialdemokraten halten auch für einen Einsatz deutscher Streitkräfte im Bündnisrahmen eine Entscheidung der Volksvertretung für zwingend erforderlich.

Umstritten ist, ob für Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der Vereinten Nationen auf Anforderung des Weltsicherheitsrates - als Blauhelme oder für militärische Zwangsmaßnahmen - eine Verfassungsänderung erforderlich ist. Eine Klarstellung im Grundgesetz würde anderen Aktionen deutscher Streitkräfte "out of area" des Bündnisgebietes, die nicht unter dem Oberkommando der UNO stehen, einen eindeutigen Riegel vorschieben.

Für jeden Einsatz der Bundeswehr muß künftig gelten, daß größtmöglicher politischer Konsens - wie im Verteidigungsfall - die Grundvoraussetzung ist. Wenn die Hürde mit einer erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit hoch genug ist, kann Mißbrauch nahezu ausgeschlossen werden. Dies würde auch eine deutsche Beteiligung an Aktionen der UNO erleichtern. Dies wäre ein entscheidender Schritt zum supranationalen Machtmonopol der Völkergemeinschaft.

Mit dieser Verfassungsänderung würden wir den Chancen und Erfordernissen der deutschen Einheit Rechnung tragen.

(-/8. April 1991/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltet durch
den Arbeitskreis
Presse und Politik



Eine Schande

Zu Behauptungen der CDU im rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampf

Von Herbert Bermeltinger

Sprecher des Landesverbandes und der Landtagsfraktion der SPD Rheinland-Pfalz

Am Mittwoch, 3. April, eröffnete die CDU in Rheinland-Pfalz die heiße Phase des Wahlkampfes mit einer Anzeigenkampagne, die nahtlos an die Steuerlügen dieser Partei anschließt: "SPD und PDS. Hand in Hand. Zusammen gegen die Zukunft Deutschlands" lauten die Balkenüberschriften in den Anzeigen der rheinland-pfälzischen Tageszeitungen. Das Wort Rheinland-Pfalz kommt nur in der Unterschrift "Rheinland-Pfalz CDU" vor.

Und im Text selbst wird vorsätzlich so gelogen und getäuscht: "SPD und PDS mißbrauchen die Demonstrationen in Leipzig. Hand in Hand verhöhnern sie die Wahrheit! Denn die Schuld an den Verhältnissen tragen einzig und allein das zusammengebrochene sozialistische System und seine Repräsentanten. SPD und PDS schüren die Angst vor der Zukunft. Sie wollen die Gesellschaft spalten!" Und in ähnlichem Ton geht die an keiner einzigen Tatsache orientierte Hetze weiter.

In den gleichen Zeitungsausgaben vom 3. April wurde der Terroristenmord an dem Sozialdemokraten und Treuhändchef Detlev Karsten Rohwedder gemeldet, versehen mit den Kommentaren und Beileidsbekundungen auch jener CDU-Größen im Lande, die für die beispiellose Hetze gegen die SPD voll verantwortlich sind: Ministerpräsident Wagner und CDU-Vorsitzender Wilhelm.

Die CDU in Rheinland-Pfalz ist wenige Wochen vor der Landtagswahl am 21. April nervös, weil alle Umfragen zeigen, daß die SPD und Rudolf Scharping - wie schon bei der Kommunal- und bei der Europawahl 1989 - das erklärte Wahlziel, erneut stärkste politische Kraft zu werden, erreichen können.

Die Kampagne "SPD und PDS - Hand in Hand" hat aber nachweisbar nichts mit den letzten Montagsdemonstrationen zu tun, die ohnehin vor allem von Kirchen und Gewerkschaften getragen werden. Der Versuch, die SPD mit der kommunistischen SED und ihrer Nachfolgeorganisation PDS zu identifizieren, begann nämlich schon Anfang 1990, als der CDU-Landesvorsitzende Hans-Otto Wilhelm, unter Berufung auf Lothar de Maiziere, behauptete, in der neuen Sozialdemokratischen Partei in der damaligen DDR stamme jedes dritte Mitglied aus der SED!

In der Stellungnahme der CDU zum rheinland-pfälzischen SPD-Landesparteitag am 10. November 1990 in Bad Kreuznach sprach der gleiche Herr Wilhelm vom "Parteitag der demokratischen Sozialisten", und noch übler formulierte er auf dem CDU-Parteitag in Trier gegen die Sozialdemokraten.

Mit anderen Worten: Weiß die CDU ihre personelle und argumentative Schwäche in Rheinland-Pfalz kennt, schlägt sie unter die politische Gürtellinie, und zwar nicht unter dem Eindruck der Demonstrationen in Leipzig, sondern in voller Kenntnis der Popularität von Rudolf Scharping und der wachsenden Sachkompetenz der SPD in Rheinland-Pfalz.

Daß ein Oppositionsführer in Popularität und Kompetenz bei Meinungsumfragen unterschiedlicher Institute jahrelang mit dem Regierungschef gleichzieht oder gar überflügelt, hat es in Rheinland-Pfalz noch nie gegeben. Bundesweit ist dies nur einmal registriert worden: als im Herbst 1986 und im Frühjahr 1987 in Meinungsumfragen - von der Kieler Staatsregierung in Auftrag gegeben - Oppositionsführer Björn Engholm mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Barschel gleichzog und ihn sogar leicht überflügelte. Was darauf folgte ist bekannt: die Barschel-Affäre.

Die CDU in Rheinland-Pfalz dürfte jene schlimmen Wege von Barschel, Pfeifer und Co. scheuen. Aber das Lügengespinnst des Hans-Otto Wilhelm gegen Rudolf Scharping und die SPD ist moralisch kaum weniger verwerflich, aber besser erkenn- und durchschaubar.

Übrigens: Nach der verlogenen Kampagne "SPD und PDS" wird sicher eine Kampagne SPD und Grüne folgen, obschon es bin der Opposition kein Zusammengehen der SPD mit den Grünen gegeben hat, obschon Rudolf Scharping keinen Koalitionswahlkampf führt, sondern einen aussichtsreichen Kampf für sein erklärtes Ziel, deutlich stärkste Kraft im Lande zu werden, und dann mit den im Landtag vertretenen Parteien zu sprechen und eine Mehrheit zu suchen.

(-/8. April 1991/rs/fr)

Albanische Eindrücke **Wahlen im "Hinterhof Europas"**

**Von Eberhard Brecht MdB und
Gernot Erler MdB**

Am 30. März 1991 treffen der Geschäftsführer der Deutschen Botschaft, Christian Nakonz, und Eberhard Brecht in der circa 80.000 Einwohner zählenden Stadt Eibasan, vierzig Kilometer südlich der Hauptstadt Tirana, ein. Die dort ansässige albanisch-deutsche Freundschaftsgesellschaft bereitete uns einen beeindruckenden Empfang: Die bei den Straßenschlachten zerstörten Straßenlaternen vor dem Kulturhaus waren für unseren Besuch repariert, ein großes Schild heißt uns willkommen, circa 300 Menschen in einem Saal springen bei unserem Eintreten von ihren Plätzen. Man weist uns zwei große Sessel zu, von wo aus die beiden Deutschen reden sollen.

Der Erwartungsdruck ist ungeheuer: Deutschland soll Eibasan, dem albanischen Bitterfeld, wirtschaftlich massiv helfen. Man erhofft sich von einer "Schocktherapie", das heißt der Übergangslosen Einführung der Marktwirtschaft, Wunder, die auch durch die Illustration des Beispiels Ostdeutschland nicht in Zweifel gezogen werden. Der Ruf nach einer Vereinigung mit Kosovo wird laut. Zu Ehren der Gäste spielen eine Stunde lang begabte Musikschüler der Stadt Werke deutscher Komponisten. Trotz Nahrungsmittelmangel wird der Abend beendet mit einem relativ üppigen Mahl, Alkohol, albanischen Volkstänzen und Tanz zu westeuropäischen

Hits der 70er Jahren. Die trotz der Kriegserfahrung bestehende Sympathie für die korrekten, fleißigen und erfolgreichen Deutschen treffen wir immer wieder an.

Das mit sowjetischer, später mit chinesischer Hilfe erbaute Metallurgiewerk von Elbasan, einst Vorzeigeobjekt des Hoxha-Regimes, macht einen völlig verwahrlosten Eindruck. Trotz deutscher Hilfe wird hier nur noch wenig Eisen, Stahl und Nickel produziert. Überall fehlen Ersatzteile und die Arbeitsmoral ist gering. Man erhofft sich einen Wahlsieg der Demokratischen Partei, die Einführung der Marktwirtschaft und damit schnell ein besseres Leben, wie man es aus den italienischen Fernsehsendungen zu erkennen glaubt. Der Direktor des Werkes, der kaum mehr als seine Arbeiter verdient, hat in Frankreich promoviert und schätzt die Lage seines Betriebes realistisch ein. Als Kandidat für die Partei der Arbeit Albaniens scheitert er bei den Wahlen mit 47 Prozent, während sein demokratischer Gegenkandidat mit 53 Prozent der Stimmen ins Parlament von Tirana einziehen wird. Die Wohnung des Betriebsdirektors zeigt bescheidenen Wohlstand mit Fernsehgerät und westlichem Kassettenrekorder.

Am Tag der Wahlen waten wir in den armseligen Bergdörfern im knöchelhohen Schlamm zu den Wahllokalen, von denen wir 15 kontrollieren. Gravierende Unregelmäßigkeiten können wir nicht entdecken. Bei den Gesprächen mit Dorfbewohnern spüren wir Unsicherheit und Zurückhaltung bei der Bewertung der Wahlen sowie eine vorsichtige Sympathie für die kommunistische Partei der Arbeit, weil diese verspricht, die Bauern vor dem Verkauf von Boden an Ausländer zu schützen und die Genossenschaften zu erhalten. Als Einzelbauern sehen viele keine Chance ohne die Geräte und Bewässerungsanlagen der Genossenschaft. In den Städten Elbasan, Cerrik und Librazhd bekennt man sich dagegen mit dem Zwei-Finger-Viktory-Zeichen eindeutig zur Demokratischen Partei.

Bei einer Diskussion mit Wählern in Cerrik kommt es zu Handgreiflichkeiten, als mich etwa 80 junge Männer umringen, die als Anhänger der Demokraten ein paar Kommunisten in der Menge entdeckt zu haben glauben. Am Morgen nach der Wahl erfahre ich vom Gebietskomitee das Wahlergebnis des Bezirkes Elbasan: sechs Sitze für die Demokratische Partei (alle Sitze für Elbasan), 13 für die Partei der Arbeit (überwiegend dörflicher Bereich). Das Gebietskomitee ist auch bereit, über die jüngsten Unruhen in Elbasan zu berichten. Nach Plünderungen und Gewalttätigkeiten wurden von 100 Inhaftierten in einem Schnellverfahren 50 zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Monaten und 17 Jahren verurteilt. Auf die Höhe des Strafmaßes angesprochen, reagiert der Vorsitzende verständnislos. Wenn jemand eine Schaufensterscheibe einschlägt und das Geschäft plündert, dann seien 17 Jahre Gefängnis doch eine angemessene Strafe (in Albanien kann in schweren Fällen von Diebstahl am Volkseigentum sogar die Todesstrafe verhängt werden).

Wir entdecken eine griechisch-orthodoxe Kirche in Elbasan. Nach einigem Suchen finden wir den Priester, der durch das Religionsverbot im Land bedingt jahrzehntelang als Verkäufer gearbeitet hat und nun sehr alt ist. Vor fünf Tagen hat er nach vier Jahrzehnten Schließung seine Kirche wieder betreten dürfen; sie ist total verwahrlost. Der Priester glaubt, Bilder seines Ikonostas aus einem Archiv in Tirana wiederzubekommen.

Gemot Eler fährt am Vorabend ins nördliche Shkodra, begleitet von einem sprachkundigen Botschaftsangehörigen und einem albanischen Ehrenbegleiter, Professor Xhevat Uoshi, einem englischsprachigen Linguisten der Akademie der Wissenschaften. Die Strecke beträgt nicht

mehr als 150 Kilometer, wir brauchen aber drei Stunden, denn der Fahrer des angemieteten Volvo muß immer wieder Fußgänger, Pferde, Esel, Schweine und Hühner, aber auch Pferde- und Eselskarren sowie asthmatische Lastwagen an den Straßenrand hupen, um weiterzukommen.

In Shkodra, dem malerischen Zentrum des albanischen Nordens am Ufer des Skutari-Sees, der schon zu zwei Dritteln zu Jugoslawien gehört, machen wir als erstes einen Besuch beim Hauptquartier der oppositionellen Demokratischen Partei. Es befindet sich in den schmucklosen Räumen des "Museums für Atheismus", das vor zwei Monaten aufgegeben wurde.

Die ganze Ausrüstung des Hauptquartiers besteht aus einem ständig klingelnden Telefon, einer museumsreifen Schreibmaschine sowie einigen Tischen und Stühlen. Um sie herum sitzen junge Männer, die meisten finster entschlossen blickend und siegesgewiß. Sie sind stolz darauf, was sie seit dem 18. Dezember 1990 geleistet haben, als hier die Demokratische Partei gegründet wurde. Am 14. Januar haben sie die erste antikommunistische Demonstration veranstaltet, bei der auch die Bücher Enver Hodschas auf der Strecke blieben. Man hat sie dafür als Vandalen beschimpft. Jetzt erwarten sie eine Wahlsieg um 70 Prozent, "sonst ist die Wahl manipuliert".

Das Ergebnis wird sie beinahe bestätigen. Dazwischen aber liegt der Wahltag, für die Wahlhelfer in den 6.000 Wahllokalen ein anstrengender Arbeitstag. Sie müssen zwischen sechs Uhr früh und 20.00 Uhr abends auf Deck sein und haben vorher alle Wahlzettel einzeln mit der Hand ausgefüllt und gestempelt: links Vorname, Vatername, Familienname des Kandidaten, rechts Name der Partei oder Massenorganisation, zu der er gehört. Der Hauptandrang kommt schon morgens. Im Wahllokal Nr. 1 in Shkodra haben um neun Uhr bereits 30 Prozent der in Wahllisten eingetragenen Wähler alle Namen und Parteien auf der Liste ausgestrichen, die sie nicht wollen, und den Zettel in die mit rotem Tuch bespannte Wahlurne gesteckt. In einem Dorf hoch in den Bergen über Shkodra, das wir besuchen, haben um 11.30 Uhr schon 245 der 265 eingetragenen Wähler von ihrem Recht Gebrauch gemacht. Eine kleine Zweifeltume ist gerade unterwegs zu den Kranken und Gebrechlichen, die zu Hause ihren Schein ausfüllen können. Niemand zweifelt daran, daß am Schluß hinter jedem Namen das kleine "po" (ja) für eine Wahlteilnahme stehen wird.

Zur Auszählung sind wir wieder in Shkodra im Wahllokal Nr. 1. In der Wahlkommission setzen Vertreter aller Parteien. Man zeigt sich gegenseitig die aus der Urne gefischten Wahlscheine und ordnet sie. Etwa ein Zehntel davon muß, worüber lange Zeit Uneinigkeit besteht, für ungültig erklärt werden, weil die Wähler mit dem doppelten Ausstreichverfahren nicht zurechtgekommen sind. Erst eine halbe Stunde vor elf Uhr sind die Wahlzettelbündel geschnürt. Hier erhielt der Kandidat der Demokratische Partei 296 Stimmen, sein Gegner von der Partei der Arbeit, der Partei der regierenden Kommunisten, nur 92. Die ebenfalls oppositionelle Republikanische Partei kam auf ganze 14, die "Frontorganisationen" der Partei der Arbeit auf nochmals fünf beziehungsweise drei Stimmen.

Erst am nächsten Vormittag wird bekannt, daß in Shkodra wahrscheinlich 15 von 19 Parlamentssitzen an die oppositionelle Demokratische Partei gehen. Gleichzeitig erfahren wird, daß sich landesweit ein Zweidrittel Sieg der Partei der Partei abzeichnet. Mein akademischer Be

gleiter ist wenig begeistert, weil dieser Sieg viel zu hoch ausfalle und die eingeleiteten Reformen wohl erschweren werde.

Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der Wahlen konnten auch die Kollegen aus anderen Landesteilen nicht berichten. Aber hier ist eine Partei mit dem vollen Apparat der Regierungsmacht, über den sie seit viereinhalb Jahrzehnten verfügt, gegen eine Opposition angetreten, die erst seit dreieinhalb Monaten zu lernen versucht, wie man Politik macht. Im großen und ganzen mögen die Wahlen korrekt gewesen sein, auf keinen Fall aber fair. Die Enttäuschung der Opposition ist verständlich, sie beruht auch auf ihrer mangelnden Erfahrung.

Ein erster ernster Zwischenfall ereignet sich aufgrund dieser Enttäuschung am 2. April morgens um neun Uhr in Shkodra. Vor dem Parteigebäude der regierenden Partei der Arbeit hatten sich Demonstranten versammelt. Vertreter der Demokratischen Partei versuchten, sie durchs Megaphon zu beruhigen. Nach Angaben der Opposition schoß dann plötzlich die Polizei aus dem Gebäude heraus auf sie. Es gab vier Tote. Der eine davon hatte noch zwei Tage vorher mit uns im Hauptquartier der Demokratischen Partei in Shkodra gesprochen.

Zurück in Tirana spürt man die Nervosität wegen der Zwischenfälle. Der Präsidialrat tagt und hat dazu auch den Spitzenkandidaten der Opposition Sali Berisha eingeladen. Später erzählt er uns, daß man beschwörend auf ihn eingeredet habe, zur Bewahrung der Ruhe aufzurufen. Dazu paßt dann gar nicht, was wir am Nachmittag mit eigenen Augen aus dem Gebäude der Demokratischen Partei in Tirana heraus erleben. Schon seit Stunden haben sich Anhänger der Partei vor dem Gebäude versammelt, bejubeln jeden Prominenten, der ein- oder ausfährt und skandieren Sprüche. Ohne ersichtlichen Grund stürmen plötzlich die gefürchteten Sonderpolizeinheiten Nr. 325 ("Sambisti") auf die Demonstranten los, schießen in die Luft und prügeln die Leute weg. Einzelne werden zusammengeschlagen, am Boden noch mit Füßen getreten und verhaftet. Mindestens eine leblos wirkende Person wird von der Straße geschleift. Entsetzen bei den Parteianhängern im Haus: Einige weinen, andere drehen fast durch und rufen nach Waffen. Die ausländischen Beobachter beeilen sich, ihre Kameras in Stellung zu bringen. In all diesem Trubel muß Chef Berisha entscheiden, wie er reagieren soll. Später wissen wird, daß er zu einem eintägigen außerhalb Tiranas auch weitgehend befolgten Generalstreik aufrufen wird.

Diese Wahl kann nur als Zwischenetappe bei der Herstellung einer der pluralistischen Reformgesellschaften, wie sie in den letzten anderthalb Jahren überall in Osteuropa entstanden sind, betrachtet werden. Überall ist man hier jetzt gespannt, wie der Westen auf diesen Schritt reagieren wird. Die erste Reaktion wird sich wohl mit der Frage auseinandersetzen müssen, was mit den vielen ausreisewilligen Albanern geschehen soll. An diesem Ostersonntag sind es durch das Wahlergebnis noch mehr geworden.

(-/8. April 1991/rs/fr)
